

Förderung der internationalen Solidarität und des Friedens

Die GUE/NGL lehnt eine Militarisierung, den Einsatz von Eingreiftruppen der EU sowie sämtliche sonstigen Maßnahmen ab, die zu Konflikten und Spannungen in internationalen Beziehungen führen. Internationale und politische Lösungen sind der beste erprobte Weg, um Konflikte friedlich beizulegen und ihnen vorzubeugen.

Die GUE/NGL tritt für internationale Solidarität, Frieden, demokratische Werte und die Souveränität und Freiheit der Völker ein.

Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels

Der Klimawandel, der Verlust an biologischer Vielfalt und Umweltverschmutzung haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Landwirtschaft, die Landwirte, das Leben autochthoner Bevölkerungsgruppen, Landschaften und Meere in der ganzen Welt. In Zukunft sind hier weitere Verschlechterungen zu erwarten, so dass Armut und Ungleichheiten stark zunehmen werden. Die Lösung wird deshalb nicht in Marktmechanismen liegen, sondern in ehrgeizigen internationalen rechtlich verbindlichen Abkommen.



Die GUE/NGL legt ihrer Politik zum Klimawandel den Grundsatz einer geschichtlich bedingt zwar gemeinsamen, doch unterschiedlich abgestuften Verantwortlichkeit von armen Ländern des Südens und reichen Ländern des Nordens zugrunde.

Wir halten es für erforderlich, für die Bewältigung der Probleme des Klimawandels einen Anpassungsfonds einzurichten, der Teil eines Finanzmechanismus ist, der hoheitsrechtlich, transparent und für alle Staaten gleich verwaltet werden sollte. Im Rahmen dieses Fonds sollten die Auswirkungen und Kosten des Klimawandels, des Verlusts an biologischer Vielfalt und der Umweltschäden in Entwicklungsländern bewertet werden. Außerdem sollte er einen Mechanismus für Entschädigungen für aktuelle und künftige Schäden und für den Verlust an Möglichkeiten aufgrund extremer und allmählicher klimatischer Ereignisse enthalten. Die Entschädigungszahlungen müssen direkt erfolgen und die von den entwickelten Ländern versprochene finanzielle Unterstützung ergänzen.

Mitglieder GUE/NGL-Fraktion in der Delegation des Europäischen Parlaments in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU



Elie HOARAU (FR)
stellvertretender Vorsitzender



João Ferreira (PT)



Gabriele Zimmer (DE)



Thomas Händel (DE)



Georgios Toussas (EL)



Sabine Lösing (DE)



Patrick Le Hyaric (FR)



Marie-Christine Vergiat (FR)

Nähere Auskünfte zu den Informationen in diesem Merkblatt erteilt Mauricio Miguel: mauricio.miguel@europarl.europa.eu

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Europäisches Parlament
rue Wiertz 43, B-1047 Brüssel
T +32-(0)228-42683
F +32-(0)228-41774

Hergestellt von der Abteilung Veröffentlichungen der GUE/NGL-Fraktion:

GUENGL-Communications@europarl.europa.eu

Fotos: Europäisches Parlament, Europäische Gemeinschaften, Paul-Emile Dupret, Henner Sorg

Design: Dominique Boon

Druck: Dossche Printing

© GUE/NGL – Brüssel 2010

Auf Recyclingpapier gedruckt



**Auf dem Weg
zu einer echten
Entwicklung
der Länder Afrikas,
der Karibik und
des Pazifischen
Raums**

Neue Beziehungen auf der Grundlage aufrichtiger Zusammenarbeit und Solidarität

Die Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU wurde eingerichtet, um gewählten Vertretern der Europäischen Union – Mitgliedern des Europäischen Parlaments – und gewählten Vertretern der 78 Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifischen Raums (AKP-Staaten), die 2000 das Abkommen von Cotonou unterzeichneten, ein Forum zu bieten.

Vertreter der 78 AKP-Staaten, die Parlamentsabgeordnete sein müssen, treffen ihre 78 Kollegen aus dem Europäischen Parlament zweimal jährlich im Rahmen einer einwöchigen Plenartagung, die abwechselnd in einem AKP- und einem EU-Land stattfindet.

Die GUE/NGL-Fraktion ist der Auffassung, dass zu den AKP-Staaten neue Beziehungen aufgebaut werden sollten, die auf echter Zusammenarbeit, echter Solidarität und aufrichtigem gegenseitigen Interesse beruhen. Die bestehenden Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten müssen neu ausgerichtet werden. Beziehungen, denen Unterwerfung und Abhängigkeit zugrunde liegen, sollten ganz klar der Vergangenheit angehören.

Die GUE/NGL-Fraktion ist der Auffassung, dass das Erreichen der UN-Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 eine absolute Notwendigkeit ist. Diese Ziele stellen das Mindestmaß an menschlicher Entwicklung dar, bei der die ärmsten Teile der Welt, vor allem die AKP-Staaten, gewaltigen Nachholbedarf haben.

Delegation der GUE/NGL während der Versammlung EU-AKP auf Teneriffa (April 2010)



Eine echte Entwicklungspolitik für die Beziehungen AKP-EU

Die derzeitige Krise verlangt nach einer echten Politik zur Förderung der Entwicklung. Aus diesem Grund fordert die GUE/NGL wirksame Lösungen:

- Die **Überarbeitung des Abkommens von Cotonou** sollte nicht dazu führen, dass Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und die Liberalisierung von Dienstleistungen, Investitionen, Wettbewerb und Beschaffungswesen aufgezwungen werden. Vielmehr sollte sie der Plünderung der natürlichen Ressourcen der AKP-Staaten ein Ende setzen und gleichzeitig die Souveränität dieser Staaten unterstützen, damit sie in der Lage sind, Investitionen zu steuern und die regionale Zusammenarbeit zu fördern.
- **Anerkennung grundlegender Menschenrechte** wie Zugang zu Wasser, Land, Energie, Gesundheit und Bildung. Diese Rechte können nicht von den Gesetzen des Marktes abhängen.
- **Anerkennung des Rechts auf Nahrung und der Souveränität im Bereich der Nahrungsmittelversorgung** wobei Länder das Recht haben, sich vor Einfuhren zu schützen, ihre örtliche oder eigene Produktion und ihren örtlichen oder eigenen Handel zu unterstützen und Technologiepakete wie Agrochemikalien, gentechnisch veränderte Organismen und Biokraftstoffe abzulehnen.
- **Schutz und Förderung des Arbeitsrechts**, der Sicherheit am Arbeitsplatz und der Gleichstellung von Frauen und Männern;
- **Erlass der Auslandsschulden von Entwicklungsländern;**
- **Anerkennung des Rechts, Arzneimittel herzustellen oder einzuführen**, ohne an pharmazeutische Unternehmen Gebühren zu zahlen;
- beträchtliche **Erhöhung der Entwicklungshilfe**, um wirksame Entwicklungsstrategien zu gewährleisten, wobei der größte Teil dieser Hilfe in die Bereiche Gesundheit und Bildung fließen sollte;
- **Schutz und Stärkung öffentlicher Dienste** als unerlässliche Elemente für die Lösung von Problemen wie Gesundheitsfürsorge und Armut;

→ **Ablehnung von Strukturanpassungsmaßnahmen**, von Kürzungen der Sozialausgaben (Gesundheit, Bildung), des Abbaus der öffentlichen Dienstleistungen und der Senkung der Subventionen für kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe;

→ **Ablehnung des repressiven Charakters der Einwanderungspolitik der EU**. Die EU muss für die in den Ursprungsländern, nämlich den AKP-Staaten, entstandene Situation die Verantwortung übernehmen und eine echte Politik der Zusammenarbeit mit diesen Ländern entwickeln.



GUE/NGL-Abgeordneter Elie Hoarau beim Besuch einer Bananenfabrik auf Teneriffa (April 2010)